

Homophobie und antiwestliche Diskurse

LGBT im Brennpunkt der Identitätskonstruktion der serbischen Nation

Nicole Navratil

Serbien ist wie alle jugoslawischen Nachfolgestaaten in seiner heutigen Form ein sehr junges Land. Durch seine bewegte Geschichte der letzten Jahrzehnte wechselten sich verschiedene Narrative der Nationsbildung in kurzen Abständen hintereinander ab, weshalb Serbien in besonderem Maße darum ringt, eine (neue) nationale Identität aufzubauen. Serbien steht mit dieser Identitätssuche nicht allein da. In Zeiten der vielfältigen Krisen der EU nehmen in allen europäischen Staaten nationalistische und antieuropäische Tendenzen zu, gerade in den Ländern Ost- und Südosteuropas scheint jedoch die Frage der allgemeinen Ausrichtung besonders virulent zu sein. Konkret stehen sich gegenüber die Integration in die EU und die Selbstkonstituierung als demokratischer, offener und pluralistischer Staat oder die nationalistische Verengung und Orientierung an Russland. Sichtbar wird dies unter anderem im Umgang mit Minderheiten, der Geschlechterordnung und – als Gruppe, auf die beides zutrifft – mit LGBT-Personen¹. Während in den letzten Jahren in immer mehr EU-Staaten die ›Homoehe‹ legalisiert wurde, wurde in Russland zeitgleich jegliche Art von ›homosexueller Propaganda‹ verboten.²

-
- 1 In Serbien ist die Problematik von Intersexpersonen noch kaum im Bewusstsein angekommen. Erst seit 2017 gibt es eine entsprechende Organisation (*XY Spectrum*), die sich für ihre Belange einsetzt, da Intersexpersonen auch im LGBT-Aktivismus nicht repräsentiert werden. Im öffentlichen Diskurs ist daher stets von LGBT – anstelle des hierzulande üblichen LGBTIQ+ – die Rede, weswegen ich diesen Ausdruck auch verwende, um nicht fälschlicherweise Personen bzw. Themen zu integrieren, die in der politischen Diskussion, im öffentlichen Diskurs oder im Aktivismus vor Ort nicht einmal »mitgemeint« sind.
 - 2 Dieser Aufsatz basiert auf meiner Masterarbeit *LGBT-Emanzipation in Serbien im Spannungsfeld von EU-Annäherung und antiwestlichen Diskursen* an der Universität Graz (Navratil 2015).

1. Serbien, die EU und die Demokratie

Auf dem EU-Westbalkan-Gipfel in Zagreb im Jahr 2000 wurde die ›europäische Perspektive‹ für alle Staaten der Region erstmals offiziell in Aussicht gestellt. Die vorrangige Absicht der EU war es, durch eine Erweiterung die Region zu befrieden und zu stabilisieren. Die Resonanz in der serbischen Bevölkerung und Politik war mit 70 % Befürwortung sehr hoch, die Aussicht auf eine (Wieder-)Aufnahme in die ›europäische Familie‹ gab der Bevölkerung des gebeutelten Landes Hoffnung auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand, Zukunftsperspektiven für die junge Generation sowie Visafreiheit und andere Erleichterungen (vgl. Haas 2009: 5). Anfangs rechnete man mit einer Aufnahme bereits im Jahr 2004 (vgl. Jovanović 2005: 3-4).

Um die Westbalkan-Staaten³ auf den Beitritt vorzubereiten, entwickelte die EU das *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen* (SAA), in dem verschiedene Kapitel wie Wirtschaft, Infrastruktur, Ökologiestandards, Rechtsstaatlichkeit etc. abgehandelt werden. Die EU unterstützt die Reformen ihrerseits mit der Vorbeitrittsfinanzierung (IPA⁴) in großem Stil und ist damit die wichtigste Geldgeberin in Serbien. Die Durchsetzung der Bedingungen erfolgt durch das Konditionalitätsprinzip: Für jeden erfüllten Reformpunkt rückt das Kandidatenland ein Stück näher an die EU heran und kann von den Vorteilen dieser Nähe profitieren. Umgekehrt werden für Verzögerungen oder bei Nichterfüllung von Forderungen die Beihilfen gekürzt oder deren Aussetzung angedroht (vgl. Djordjević 2007: 36-38).

Ein wichtiger Punkt in diesem Prozess ist die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie durch die Reform von Verfassung und Gesetzen, die Schaffung demokratischer Institutionen und die unabhängige Durchsetzung der Gesetze und Rechte. Daneben wird nach dem Bottom-up-Prinzip auch die Zivilgesellschaft gefördert, um demokratische Werte in der Bevölkerung zu verankern. Dies geschieht hauptsächlich durch die Förderung von NGOs. Die EU ist damit zum wichtigsten äußeren Faktor der Demokratisierung in Serbien geworden (vgl. ebd.: 25-26; 80).

Der Annäherungsprozess Serbiens an die EU war von Anfang an mit großen Schwierigkeiten verbunden und geht bis heute nur schleppend voran. Da aufgrund der schwachen Reformleistung das Datum des Beitritts immer wieder nach hinten verschoben wurde, machte sich in der Bevölkerung bald Enttäuschung breit. Die Befürwortung des EU-Beitritts war 2011 bereits auf 47 % gesunken (Mikuš 2011) und

3 Der Begriff *Westbalkan* wurde von der EU geprägt und umfasst die jugoslawischen Nachfolgestaaten (ohne Slowenien) und Albanien, da diese strukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen und in der Heranführung an die EU besondere Maßnahmen verlangen.

4 Diese betrug für die Zeit von 2007-2013 1,4 Milliarden Euro. Für den Zeitraum 2014-2020 wurden noch einmal 1,5 Milliarden Euro bewilligt. Dazu kommen noch weitere Beihilfen (EC 2014: 4).

liegt heute bei 32 % (Pinjo Talevska 2019: 37). Der Hauptgrund der schleppenden Reformen in Serbien liegt darin, dass die serbische Regierung kein echtes Interesse daran hat und sie nicht eigenverantwortlich mitträgt. Reformschritte passieren stets nur, um die nächste Forderung zu erfüllen, negative Fortschrittsberichte oder Sanktionen zu vermeiden oder um in die nächsthöhere Zusammenarbeitsstufe aufgenommen zu werden (vgl. Djordjević 2007: 226). Es fehlt also eine klare Entscheidung der Politik für den Pro-EU-Kurs. Die Rhetorik der Politik gegenüber der Bevölkerung und in den Medien ist entsprechend; so wird die EU gern als Sündenbock herangezogen, um unliebsame Entscheidungen auf sie abzuwälzen. Ein echtes Verständnis der Notwendigkeit und der Vorzüge demokratischer Reformen fehlt in großen Teilen von Politik und Bevölkerung, Aufklärung wird nicht geleistet (vgl. Stahl 2008: 6).

Um nun eine große Wähler_innenschaft hinter sich zu scharen, sind die Parteien zu einer Gratwanderung zwischen einer für die EU-Mitgliedschaft offenen und einer die ›serbische Kultur‹ wertschätzenden und verteidigenden Haltung gezwungen, was besonders durch populistische Aussagen geschieht. In Hinblick auf ihre Haltung zur EU kann man unter den serbischen Parteien drei Lager feststellen (vgl. Nadjivan 2006: 177): das traditionalistisch-nationalistische Lager, das sich explizit gegen die EU und für ›serbische‹ Werte und Kultur ausspricht, und das von der Kirche und ihren assoziierten klerikal-nationalistischen Vereinigungen gestützt wird; das pragmatische Lager, das nationalkonservativ, kirchennah und stark euroskeptisch ist, aber die EU-Annäherung aus Gründen des Wirtschaftsaufschwunges befürwortet; sowie einige wenige Parteien, die die EU-Integration als Mittel zur Modernisierung Serbiens ansehen und sich für Menschenrechte wie Frauen-, Minderheiten- und LGBT-Rechte einsetzen. Zu diesem Lager und seinen Unterstützer_innen gehören hauptsächlich NGOs und Intellektuelle.⁵

Die Parlamentswahlen 2020 haben den bereits 2016 festgestellten »allgemeinen Rechtsruck« weiter verschärft: Die Serbische Fortschrittspartei (SNS) Aleksandar Vučićs konnte ihre klare Mehrheit weiter ausbauen (63 %) und stellt gemeinsam mit der Sozialistischen Partei (SPS) Ivica Dačićs (10 %) die Regierungskoalition. Beide Parteiführer sind ehemalige Verbündete Miloševićs. Die SNS gehört zum pragmatischen Lager, das demokratische Reformen nur aus taktischen Gründen durchführt und eine populistische Politik betreibt. Miloševićs frühere Partei SPS ist klar nationalistisch und pro-russisch eingestellt. Die Wahlen wurden allerdings von den vorigen Oppositionsparteien boykottiert und die Wahlbeteiligung war mit knappen 50 % sehr gering. Inwieweit dieses Ergebnis wirklich repräsentativ die Einstellung der Bevölkerung zur EU widerspiegelt, ist daher fraglich – vielmehr

5 Die entsprechenden Parteien sind klein und zersplittert, weshalb sie sich für Wahlen wiederum zu Bündnissen zusammenschließen. Bei den Wahlen 2020 haben sich viele der liberalen, proeuropäischen Parteien durch einen Wahlboykott von vornherein ausgeschlossen.

drückt das Wahlverhalten eine tiefe Spaltung im Land aus (vgl. Nadjivan/Schubert 2020).

2. Die EU und LGBT in Serbien

Die taktierische Haltung der Politik gegenüber der EU kann sehr gut anhand der LGBT-Rechte illustriert werden. LGBT-Rechte sind als Menschenrechte eine *Conditio sine qua non* der EU, da sie ein sichtbares Zeichen eines funktionierenden Rechtsstaates, der in der Lage ist, Minderheiten zu schützen, und einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft sind. Nachdem Serbien 2012 offizielle Beitrittskandidatin der EU wurde, stieg auch der Druck der EU in Richtung LGBT-Emanzipation. Daraufhin wurde die Kategorie *hate crime* in das Strafgesetz eingeführt. Außerdem wurden 2013 Gesetzesentwürfe für eingetragene Partnerschaften und eine Transgendergesetzgebung auf den Weg gebracht, um den Beginn der Beitrittsgespräche mit der EU zu fixieren. Nachdem die Beitrittsverhandlungen begonnen hatten, hingen die beiden genannten Gesetze jedoch nach der ersten Anhörung im Parlament.⁶ Auch die erste Regenbogenparade 2014 illustriert das taktierische Vorgehen der Politik. Bereits im Mai gab es einen Versuch von NGOs, nach drei Jahren Verbot in Folge endlich eine Parade stattfinden zu lassen. Trotz der eröffneten Beitrittsverhandlungen wurde sie von der Regierung neuerlich abgesagt und von führenden Politikern⁷ sogar mit homophoben Äußerungen kommentiert. Im September 2014 musste die Parade dann aber doch zugelassen werden, weil der Druck der EU zu groß wurde, denn bereits in den Vorjahren waren von internationaler Seite mit ansteigender Heftigkeit die Absagen der Regenbogenparaden kritisiert worden (EP 2013). Diese Beispiele illustrieren die Doppelzüngigkeit und den Spagat, den die Politiker_innen hinlegen müssen, weil sie sich nicht klar positionieren. Die Parade wird nun jährlich friedlich in der Belgrader Innenstadt abgehalten, um die EU-Forderungen zu erfüllen. Aufgrund des notwendigen Polizeischutzes, der die Teilnehmer_innen hermetisch von den zahlenmäßig oft überlegenen Gegner_innen abriegelt, findet diese jedoch in menschenleeren Straßen statt. Damit wird der Zweck der Parade, öffentlichen Raum einzunehmen und dort zu demonstrieren, ad absurdum geführt, da diese niemand sehen kann.

Das Belohnungsprinzip der EU führt dazu, dass die geforderten Reformen als etwas von außen Übergestülptes betrachtet werden. Von selbst wird die Regierung

6 Ein Partnerschaftsgesetz ist bis heute nicht erlassen worden. 2019 (d.h. sechs Jahre später) wurde jedoch eine Transgendergesetzgebung erlassen, die es transidenten Personen erlaubt, auch ohne geschlechtsanpassende Operation ihr legales Geschlecht zu ändern.

7 Die männliche Form bezeichnet tatsächlich nur Männer (bzw. sich als Cis-Männer definierende Menschen).

nie aktiv, wenn es um LGBT-Rechte geht (vgl. Mikuš 2011). Selbst die Ernennung der offensichtlich lebenden Premierministerin Ana Brnabić 2017, die zwar Vorteile für die Sichtbarkeit von LGBT-Personen in der Öffentlichkeit bringt, kann durch ihre Abhängigkeit vom Präsidenten dennoch als rein strategische Symbolpolitik Vučićs gewertet werden, zumal sie selbst auch keine Vorstöße zur Verbesserung der Situation der LGBT-Personen im Land unternommen hat. Die serbische Regierung bezeichnet Werte wie Demokratie, Menschenrechte oder den Kampf gegen Homophobie in ihrer Rhetorik als »europäische Werte« und nicht als serbische und delegitimiert sie so selbst (vgl. Speyer 2014: 53). 2012 beispielsweise sagte der damalige Innenminister Ivica Dačić (SPS), wenn die Parade die Eintrittskarte in die EU sei, dann verzichte er lieber (Mlinarić 2013: 30). Die EU-Frage wird in den Medien wie auch in der Politik meist populistisch anhand einiger weniger heikler und emotional aufgeladener Punkte diskutiert. Typische Themen sind Aussagen zum Kosovo oder eben zu geplanten Regenbogenparaden, da allgemein bekannt ist, dass diese Forderungen der EU sind und sich damit viel Stimmung machen lässt.

Doch warum entzündet sich der (Anti-)EU-Diskurs gerade an LGBT-Personen? Dies hat mehrere Gründe: Bis um das Jahr 2000 herum gab es in Serbien keinen öffentlichen Diskurs über LGBT-Rechte. In den 1990er-Jahren wurde Homosexualität zwar legalisiert, und die erste politische Gruppe (*Arkadija*), die für Schwulen- und Lesbenrechte eintrat, hatte sich formiert, doch war die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Kriege, in die Serbien verwickelt war, nicht auf LGB-Personen⁸ gerichtet. Dies hat sich seit Miloševićs Sturz durch den verstärkten Aktivismus und die gleichzeitig beginnende EU-Annäherung sehr geändert. Da die EU als Förderin von LGBT-Rechten auftritt und dies als einer der populistisch diskutierten Punkte der EU-Forderungen in den Medien präsentiert wird, scheinen LGBT-Personen »plötzlich«, d.h. genau seit der EU-Annäherung, in der serbischen Öffentlichkeit aufgetaucht zu sein. Dieser Zusammenhang einerseits, sowie die bereits beschriebene Rhetorik einiger Politiker_innen über LGBT-Personen und die EU andererseits, haben gemeinsam mit der oft klischehaften oder reißerischen Darstellung von LGBT-Themen in den Medien in der Bevölkerung das inkorrekte Bild von LGBT als typischem Bestandteil »westlicher Kultur« erzeugt.

Durch die Unterdrückung von Homosexualität im sozialistischen Jugoslawien (wie auch in der Zeit davor) und den immer noch andauernden gesellschaftlichen Zwang zur Unsichtbarkeit kennen die meisten Menschen wissentlich keine LGBT-Personen und glauben, »das hätte es früher nicht gegeben«. Außerdem wird Homo-

8 Transsexualität/Transidentität war zu der Zeit als eigenes Konzept – auch bei betroffenen Personen – noch nicht so bekannt, als dass diese sich organisiert und als eigene Gruppe dem gerade entstehenden Aktivismus angeschlossen hätten. Vielmehr wurden diese ebenfalls als schwul oder lesbisch angesehen bzw. sahen sich selbst so an. Am Anfang der LGBT-Bewegung stehen darum, auch in anderen Regionen, stets Zusammenschlüsse von LGB-Aktivist_innen.

sexualität durch die Stigmatisierung als krank oder kriminell bis 1994⁹ bzw. 2008¹⁰ in der öffentlichen Wahrnehmung zumeist in den Zusammenhang mit Pädophilie, ›Perversion‹ und Vergewaltigung gebracht. Dass LGBT-Personen nun als neu formierte Minderheit aufstehen, sich outen und Rechte einfordern, ist für weite Teile der Bevölkerung Serbiens unverständlich und fremd. Diese Fremdheit drückt sich dadurch aus, dass Homo-, Bi- und Transsexualität von vielen als aus dem ›Westen‹ importiertes Phänomen betrachtet wird. Dass scheinbar immer mehr vor allem junge Menschen homosexuell sind, läge daran, dass diese der aktuellen ›aggressiven Förderung‹ dieser ›westlichen Mode‹ zum Opfer fallen würden (vgl. Mlinarić 2013: 40). Homo-, Bi- und Transsexualität werden dabei nicht als natürliche, d.h. transnationale und damit auch serbische, sondern als kulturelle Erscheinung wahrgenommen (vgl. Baer 2005: 198).

3. Homophobie und antiwestliche Diskurse

Antiwestliche Diskurse sind daher oft homophobe Diskurse. Sie werden hauptsächlich von der serbisch-orthodoxen Kirche, rechtspopulistischen Politiker_innen, ultranationalistischen Organisationen sowie Teilen der Medienlandschaft geführt. Martin Mlinarić (2013: 32) hat homophobe Diskurse im ehemaligen Jugoslawien untersucht und sie in drei hauptsächliche Argumentationslinien eingeteilt. Die erste ist die *religiös-natürlich-moralische*, in der die legale Anerkennung und der Schutz von Homosexualität, und ganz besonders die ›Homoehe‹, als Gefahr für die ›gesunde‹ Entwicklung der Nation dargestellt werden. Angesichts der christlichen Mehrheit könne man LGBT-Personen nicht zu viele Rechte einräumen, denn dann würde man die Mehrheit vor den Kopf stoßen. In der *wissenschaftlich-medizinischen* Argumentation ist Homo- und Transsexualität die Folge einer defekten Geschlechtsidentität, welche man behandeln müsse (und könne). Das *traditionell-kulturelle* Argument ist, dass Homosexualität die männliche Abstammung, die Tradierung der Nationalkultur und die traditionelle Ehe gefährde. Die normativ gewünschte soziale Ordnung ist die heterosexuelle Klein- oder Großfamilie mit Kindern und nur diese sollte religiös und staatlich abgesichert sein.

Oft werden Rechte von LGBT-Personen und anderen Minderheiten auch abgewertet, indem betont wird, dass andere Probleme, z.B. die Wirtschaft, wichtiger seien und Serbien Geld und Energie lieber dort hineinstecken solle, da dies mehr Menschen zugutekäme. Für die meisten Menschen ist das Thema LGBT im Alltag

9 Zeitpunkt der Legalisierung von Akten männlicher Homosexualität in Serbien (weibliche waren demgegenüber nie gesetzlich verboten), vgl. dazu Navratil 2015: 89.

10 Zeitpunkt der Streichung von Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten in Serbien.

jedoch gar nicht existent. Sie kommen erst damit in Berührung, wenn beispielsweise eine Parade stattfinden soll und die Medien darüber berichten. Das Unverständnis darüber, warum man seine Sexualität derart öffentlich zur Schau stellen muss, ist groß, weil die breite Mehrheit nicht weiß, worum es bei den Paraden eigentlich geht (vgl. Năchescu 2005: 69).

3.1 Die Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche

Hauptsächliche Trägerin antiwestlicher und homophober Diskurse in Serbien ist die serbisch-orthodoxe Kirche. Sie argumentiert besonders auf der religiös-natürliche-moralischen sowie der traditionell-kulturellen Linie. Die Kirche hatte in der Zeit der osmanischen Eroberung die wichtige Funktion der Erhaltung serbischer Identität inne. Dadurch sind Kirche und Nation, Orthodoxie und ›Serbentum‹ sehr stark miteinander verbunden (vgl. Funke/Rhotert 1999: 55-56). Auch heute deklarieren sich die allermeisten Serb_innen als serbisch-orthodox, da dies gerade seit dem Zerfall Jugoslawiens die Zugehörigkeit zum serbischen Volk am besten demonstriert. Seit dem Sturz Miloševićs hat die serbisch-orthodoxe Kirche beträchtlich an Einfluss auf die Bevölkerung und die Politik gewonnen. Trotz in der Verfassung verankerter Säkularität des serbischen Staates hat sie Ambitionen zur politischen und gesetzgeberischen Mitgestaltung und ist zu einer regelrechten Staatskirche geworden (vgl. Stakić 2011: 40).

Die Einstellung der Kirche zum ›Westen‹ wurde maßgeblich im 19. Jh. geprägt, als sie die Ideen der russischen Slawophilie¹¹ rezipierte. Dem heiligen, natürlichen Volk der Slaw_innen bzw. Serb_innen wurde der seit der Renaissance und vor allem seit der Aufklärung säkularisierte, rationale und künstliche ›Westen‹ gegenübergestellt. ›Europäische Werte‹ wie Humanismus, Liberalismus und Individualismus, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, seien demnach anmaßend und dekadent, weshalb der ›Westen‹ dem Verfall preisgegeben wäre. Das Importieren europäischer Werte nach Serbien müsse bekämpft werden, um den serbischen Volkskörper weiterhin gesund zu erhalten bzw. seine Sakralität wiederherzustellen (vgl. Petrović 2008: 57, 150-151).

Diese grundlegende Einstellung der Kirche bestimmt ihre Haltung zur EU und auch zu LGBT. 2010 sagte Amfilohije, Metropolit der serbisch-orthodoxen Kirche für Montenegro und das Küstenland, zur Regenbogenparade in Belgrad:

»Something terrible happened yesterday in Belgrade. Never had something that terrible happened before in Belgrade. [...] It is terrible, as the event that took place

¹¹ Demnach ist die Gemeinschaft eines Dorfes oder Staates wie der Leib Christi: Alle Teile wirken organisch zusammen, um das sakrale Ziel zu erreichen. Das messianische ›Volk Gottes‹ ist im Sinne des Panslawismus das slawische, später wurde daraus die jeweilige rezipierende Nation (vgl. Buchenau 2102: 72).

today poisons; and it is dictated by today's strongmen of the world. That is something that destroys not only the body itself but also the spiritual organism, the spirit of the folk, denies human life, and desecrates the holiness of the human body, human spirit, community, and leads to nothingness and self-destruction.« (Zitiert nach Jovanović 2013: 84)

Amfilohije bezeichnet die Parade weiter als »Heraufdämmern« westlicher Zivilisation und »Fall« der christlichen Völker (Jovanović 2013: 86, meine Übers.). Er vergleicht LGBT-Personen in Anlehnung an Mt 7,19 mit »Bäumen, die keine Früchte tragen« und die deswegen abgehackt werden sollten. Hierin lässt sich auch ein Aufruf zu Gewalt gegen LGBT-Personen erkennen. Homosexualität führe zu Chaos und Tod, mache das heilige Sakrament der Ehe zwecklos, zerstöre die Familie, schaffe Monogamie ab, und legalisiere alle sexuellen ›Abnormitäten‹, die sie in ein Millionengeschäft verwandle (ebd.). Für die offizielle orthodoxe Theologie stellt Homosexualität ausnahmslos Sünde, Krankheit, Störung und Sucht dar sowie etwas Unnatürliches, Frevlerisches und Zerstörerisches (vgl. ebd.: 87). ›Unfruchtbare‹ homosexueller Sex würde letztlich zum Aussterben der Nation führen (vgl. Mlinarić 2013: 32). Dieses Bedrohungsszenario wird von der Kirche immer wieder heraufbeschworen. Daher rufen einige Vertreter, darunter Patriarch Irinej,¹² auch zu Gewalt gegen öffentliches Auftreten von LGBT-Personen auf. Andererseits gibt es innerhalb der Kirche auch gemäßigtere Stimmen mit der Haltung »Hasse die Sünde, aber liebe den Sünder« (vgl. Jovanović 2013: 84-85, 88). Doch ganz gleich, ob gemäßigt oder nicht, für die Kirche ist Homosexualität grundsätzlich eine korrigierbare moralische Verfehlung, die mit Behandlung heilbar sei.

3.2 Verschwörungstheorien und Opfermythen

Die Kirche ist, gemeinsam mit nationalistischen Politiker_innen, auch Urheberin diverser Verschwörungstheorien, denen zufolge die EU und LGBT-Personen Serbien zerstören wollen. LGBT-Personen wird unterstellt, eine ›Gay Lobby‹ zu haben, die bei westlichen Regierungen und der EU sehr viel Einfluss habe und so den ganzen ›Westen‹ bereits infiltriert habe. Wahlweise kann die ›Gay Lobby‹ die EU selbst sein, die ihre ›Kultur‹ ausbreiten will, oder aber eine nebulöse ›Gay Lobby‹ im Hintergrund, die die EU fernsteuert und dazu zwingt, Homosexualität in Ländern wie Serbien gleichsam erpresserisch zu etablieren (vgl. Năchescu 2005: 69). So unterschiedlich (und teilweise auch widersprüchlich) all diese Verschwörungstheorien sind, sie haben alle den gemeinsamen Kern einer angenommenen Zerstörungsabsicht der EU gegenüber Serbien mit dem Ziel der Machtübernahme. Damit reihen

¹² Irinej ist seit 2010 Patriarch der serbisch-orthodoxen Kirche, gleichzeitig Metropolit von Belgrad und Karlovci sowie Erzbischof von Peć (Kosovo). Er hat seinen Sitz in Belgrad.

sich auch die Verschwörungstheorien über LGBT in die Opfermythen der serbischen nationalen Geschichtserzählung ein. Darin sieht sich Serbien hauptsächlich als Opfer der historischen Umstände und fremder Mächte. Der serbische Opfermythos beginnt mit der Schlacht auf dem Amsfeld 1389, die das Land unter die Herrschaft der Osmanen brachte.¹³ Nach den Osmanen sei Serbien dann Opfer der Habsburger und im Zweiten Weltkrieg der Deutschen geworden.

Serbische Geschichte als Opfer- und Leidensgeschichte wird auch in heutiger Zeit weitererzählt: So sollen der Zerfall Jugoslawiens und die damit verbundenen Kriege vom ›Westen‹ verursacht worden sein, um Serbien zu zerstören und Jugoslawien zu besetzen. Die ›Bestrafung‹ Serbiens vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag für die reine ›Verteidigung‹ des Landes, wie das von nationalistischen Kräften dargestellt wird, passt in das Bild von Serbien als Opfer des ›Westens‹ (vgl. Höpken 2007: 32).

Die Opfermythen und die Leidensgeschichte Serbiens werden besonders von der orthodoxen Kirche verbreitet. Rechtspopulistische Politiker_innen und klerikal-faschistische Organisationen¹⁴ stützen sich auf die Kirche und verbreiten die Mythen weiter. So wird auch die Auflösung Jugoslawiens in Verbindung mit LGBT gebracht (vgl. Helsinki Committee 2009: 6). Parallel zum ›inneren zersetzenen Verräter‹ aus der Kosovolegende (Funke/Rhotert 1999: 68, 75) sowie unter osmanischer Herrschaft zum Islam konvertierten Christen werden heute LGBT-Personen – wie auch NGOs und Menschenrechtsaktivist_innen – als feindliche Elemente im Inneren Serbiens gesehen.

13 Nach der Kosovoerzählung hat das serbische Volk in Verteidigung des christlichen Europas allein gegen die vordringenden Muslime gekämpft. Aufgrund des (historisch unbegründeten) Verrats durch den serbischen Fürsten Vuk Branković verloren sie die Schlacht und mussten ihr ›Stammland‹, den Kosovo, aufgeben und nach Norden ziehen (vgl. Funke/Rhotert 1999: 16).

14 Es gibt mehrere rechtsextreme, klerikal-faschistische Gruppierungen in Serbien. Die bekanntesten sind Obraz, SNP 1389, SNP Naši, Srbska Akcija und Dveri. Diese operieren legal. Sie sind offen demokratiefeindlich und möchten verhindern, dass Serbien in europäische oder ›westliche‹ Institutionen integriert wird. Stattdessen propagieren sie eine Hinwendung zu Russland. LGBT-Personen gehören wie das SAA der EU zu ihren Hauptfeindbildern, weil diese für sie die Instrumente ›westlichen Imperialismus‹ darstellen. Gegen ihre deklarierten ›Feinde‹ gehen sie auch gewaltsam vor, wie beispielsweise gegen die Parade 2010, wo von Gegner_innen die Belgrader Innenstadt verwüstet wurde. Es wird vermutet, dass diese Gruppen auch zahlreiche Verbindungen in die Politik haben. Vgl. dazu ausführlicher Navratil 2015: 68ff.

4. Fazit

Die Hassreden und Verschwörungstheorien, die von Rechtsextremen, Kirche, Politiker_innen und Parteien sowie ihren assoziierten Medien verbreitet werden, haben den Zweck, antiwestliche Ressentiments und homophobe Stimmung anzuheizen. LGBT-Personen werden auf diese Weise instrumentalisiert, damit diese Akteure ihre Macht erhalten bzw. ausbauen können. Parteien und Politiker_innen wollen möglichst viele Wählerstimmen gewinnen, indem sie Homophobie fördern, um sich als ›Beschützer‹ Serbiens vor LGBT und zu viel EU-Einfluss darzustellen. Auf dieselbe Weise sichert sich auch die orthodoxe Kirche ihre Geltung und möglichst viele Anhänger_innen. Einschlägige Politiker_innen und Kirche arbeiten dabei Hand in Hand. Ziel der Kirche ist es, ihren Einfluss, den sie vor 1945 hatte, wiederherzustellen. Dazu propagiert sie ein stark aufgebausches Bedrohungsszenario, das eine ›Verteidigung‹ der serbischen Nation nötig macht (vgl. Buchenau 2012: 83). Das Feindbild Nummer Eins ist dabei die EU – und LGBT-Personen und NGOs als ihre ›Agent_innen‹.

Die Verknüpfung von Geschlechterverhältnissen und politisch-kultureller Identität spielt bei der Identitätssuche Serbiens – und anderer Länder Ost- und Südosteuropas – eine wichtige Rolle. Geschlecht ist die »zentrale Ordnungskategorie für eine Gesellschaft« (Kreisky 2003: 9), denn der Staat reguliert Sexualität durch bestimmte Diskurse wie Abtreibung, Sexualmoral, die Stellung der Frau oder Homosexualität. Sexualität ist daher für die Konstruktion nationaler Identität zentral (vgl. Bjelić/Cole 2002: 287). Der Umgang mit Geschlecht grenzt von anderen ab und steht für die gemeinsamen Wertvorstellungen, über die sich die Gemeinschaft definiert. Eine Veränderung des Geschlechterregimes spielt daher auch in der Transformation zur Demokratie eine Rolle. Darum wird der Konflikt zwischen inneren und äußeren proeuropäischen Kräften einerseits und nationalistischen und fundamentalistischen Kräften andererseits besonders auf dem Rücken der LGBT-Personen ausgetragen.

Literatur

- Baer, Brian James (2005): »The New Visibility. Representing Sexual Minorities in Popculture of Post-Soviet Russia«, in: Aleksandar Štulhofer/Theo Sandfort (Hg.), *Sexuality and Gender in Postcommunist Eastern Europe and Russia*, New York/London/Oxford: Haworth, S. 193-207.
- Bjelić, Dusan/Cole, Lucinda (2002): »Sexualizing the Serb«, in: Dusan I. Bjelić/Obrad Savić (Hg.), *Balkan as a Metaphor. Between Globalization and Fragmentation*, Cambridge (Mass.)/London: MIT, S. 279-310.

- Buchenau, Klaus (2012): »Religion und Nation in Serbien, Bulgarien und Rumänien. Drei verschiedene Wege in Südosteuropa«, in: Alojz Ivanišević (Hg.), Re-Sakralisierung des öffentlichen Raums in Südosteuropa nach der Wende 1989? (= Pro Oriente. Schriftenreihe der Kommission für südosteuropäische Geschichte, 5), Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 61-85.
- Djordjević, Ljubica (2007): Serbien und die EU. Staatsform und europäische Integration (= EURAC Research, Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, 10), Baden-Baden: Nomos.
- Europäische Kommission (2014): Serbia Progress Report, online unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/pdf/key_documents/2014/20140108-serbia-progress-report_en.pdf (vom 4.7.2020).
- Europäisches Parlament (2013): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. April 2013 zu dem Fortschrittsbericht über Serbien 2012, online unter: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0186+0+DOC+XML+VO//DE (vom 4.7.2020).
- Funke, Hajo/Rhotert, Alexander (1999): Unter unseren Augen. Ethnische Reinheit. Die Politik des Regime Milošević und die Rolle des Westens (= Schriftenreihe Politik und Kultur am FB Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin 2), Berlin: Das Arabische Buch.
- Haas, Christian (2009): EU-Politik in Serbien 2008. Möglichkeiten und Grenzen eines beschleunigten Integrationsprozesses (SWP Studie, 2), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (2009): »Hooliganism Spills from Political onto Sports Terrains«, in: Helsinki Bulletin 52, online unter: <https://www.helsinki.org.rs/doc/HB-No52.pdf> (vom 4.7.2020).
- Höpken, Wolfgang (2007): »Post-sozialistische Erinnerungskulturen im ehemaligen Jugoslawien«, in: Emil Brix/Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Hg.), Südosteuropa. Traditionen als Macht (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 31), Wien: Verlag für Geschichte und Politik/München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 13-50.
- Jovanović, Igor (2005): »Serbia and the EU. Reforms for Serbia's Own Benefit«, in: *Transitions Online* 12/07 (vom 5.12.2005).
- Jovanović, Miloš (2013): »Silence or Condemnation. The Orthodox Church on Homosexuality in Serbia«, in: *Družboslovne razprave* 29/73, S. 79-95.
- Kreisky, Eva (2003): Männlichkeit regiert die Welt, online unter: http://evakreisky.at/onlinetexte/maennlichkeit_kreisky.php (vom 4.7.2020).
- Mikuš, Marek (2011): »State Pride. Politics of LGBT Rights and Democratisation in 'European Serbia'«, in: *East European Politics and Societies* 25 (4), S. 834-851.
- Mlinarić, Martin (2013): »Homophobie in post-jugoslawischen Gegenwartsgesellschaften«, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 53 (5), S. 24-41.

- Nachescu, Voichita (2005): »Hierarchies of Difference. National Identity, Gay and Lesbian Rights, and the Church in Postcommunist Romania«, in: Aleksandar Štulhofer/Theo Sandfort (Hg.), *Sexuality and Gender in Postcommunist Eastern Europe and Russia*, New York/London/Oxford: Haworth, S. 57-78.
- Nadjivan, Silvia (2006): »Serbien. Europavorstellungen und -mythen im Dienste staatlicher Kontinuität und Diskontinuität«, in: Vedran Džihić et al. (Hg.), *Europa – Verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien*, Wien: Braumüller, S. 159-212.
- Nadjivan, Silvia/Schubert, Lucas Maximilian (2020): »Die serbischen Parlamentswahlen 2020 als Dystopie«, in: Der Standard vom 29.7.2020, online unter: www.derstandard.at/story/2000118311811/die-serbischen-parlamentswahlen-2020-als-dystopie (vom 4.8.2020).
- Navratil, Nicole (2015): *LGBT-Emanzipation in Serbien im Spannungsfeld von EU-Annäherung und antiwestlichen Diskursen*, Masterarbeit, Universität Graz.
- Petrović, Ksenija (2008): »Die Einstellung der orthodoxen Kirche zu (West-)Europa am Beispiel des Kosovokonflikts«, in: Holm Sundhaussen/Gabriella Schubert (Hg.), *Prowestliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa. 43. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Tutzing 4.-8.10.2004*. München: Otto Sagner, S. 147-164.
- Pinjo Talevska, Maja (Hg.) (2019): BalkanBarometer. Public Opinion Analytical Report 5, Sarajewo: Regional Cooperation Council, online unter: https://www.rcc.int/seeds/files/RCC_BalkanBarometer_PublicOpinion_2019.pdf (vom 4.7.2020).
- Speyer, Johanna (2014): »The Other Serbia. Die Rolle der serbischen Zivilgesellschaft im Prozess der Beitrittseuropäisierung«, in: *Passauer Journal für Sozialwissenschaften* 3 (1), S. 44-57.
- Stahl, Berhard (2008): »Serbiens Geisterfahrt nach Europa«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3, S. 76-85.
- Stakić, Isidora (2011): »Homophobia and Hate Speech in Serbian Public Discourse. How Nationalist Myths and Stereotypes Influence Prejudices against the LGBT Minority«, in: *Equal Rights Review* 7, S. 44-65, online unter: https://www.equalrightstrust.org/ertdocumentbank/ERR7_isidora.pdf (vom 4.7.2020).